

Preisrückgang in einigen wenigen Auslandslebensmitteln hat im Januar dieses Jahres (Monatsdurchschnitt) für die Höhe des Lebensaufwandes gegenüber den steigenden Preisverhältnissen für Brot- und Fleischwaren und angesichts der in den Wintermonaten regelmäßig anziehenden Preissteigerung für Gemüse und Kartoffeln noch eine Bedeutung erlangen können. Zudem hat schon die Bewegung der Lebenshaltungsindezes während des vergangenen Jahres gezeigt, daß sich eine Veränderung oder Verschlechterung unserer Verhältnisse herbeigeführt hat, die sich durch die Preisbewegung in den Produktionsgebieten hervorgerufen wurde — gewöhnlich erst nach einem Zeitraum von ungefähr 2 Monaten in den Kleinhandelspreisen sich durchzieht.

Wie schon bemerkt, entbehren die Pläne der Arbeitgeber zum Lohnabbau, die sich auch in der Steinindustrie bemerkbar machen (siehe Stettin!), jeder berechtigten Grundlage. Auch dort, wo die Löhne im Vergleich zu den sogenannten Friedenslöhnen um über das Doppelte gesunken sind, bedarf es für die Arbeiterschaft noch einer bestimmten längeren Uebergangsperiode, um sich bei anhaltender Verbilligung der Lebenshaltungskosten erholen zu können! Von den Löhnen erst gar nicht zu reden, die weit unter der Preissteigerung zurückgeblieben sind. Ueber die Lohnhöhe selbst haben die Lohnempfänger auch eine durchaus andere Meinung wie die Arbeitgeber; denn letztere wollen im Lohn nur das allernotwendigste zum Leben sehen, geben und dauernd festlegen. So wie es jetzt für die große Mehrzahl der Arbeiter tatsächlich ist. Dieser erbärmliche Zustand war aber nur zu ertragen, mußte ertragen werden in der außerordentlichen Teuerungszeit, wo über Nacht die Lebenshaltung anzog und wieder anzog und wo das Wirtschaftsleben durcheinander quillte ohne klar zu erkennen, wie es sich entwickelte. Die Lohn- und Gehaltsempfänger haben die bittere Not ertragen im Glauben des Ueberganges und der notwendig kommenden Milderung. Nun beginnen sich die Wirtschaftsverhältnisse zu stabilisieren und die Arbeiterschaft aller Berufe wird es nicht mehr ertragen können und wollen, bei dauernd sinkenden Lebenshaltungskosten wie ein Paria zu leben. Die der Normalration zugrunde gelegten Nahrungsmittel zeigen aufs neue unserer Kollegen, gleichviel ob Stadt oder Land, was sie mit ihrer Familie entbehren müssen und was der Arbeitslohn für eine Kaufmöglichkeit eigentlich haben soll. Viel mehr fehlt an dieser Möglichkeit. Die Arbeitgeber dürfen sich etwa nicht der Hoffnung hingeben, auch künftig Lohn und Lebenshaltung in das alte Verhältnis zu bringen, wie es bei der Mehrzahl der Arbeiter leider bisher zu bezeichnen ist. Nein! Im Lohn soll nicht nur das halbe nackte Leben verankert sein, sondern das billigere Leben zum Gesamtleben gehört und was die Kultur erfordert. Darum kann für die Arbeiterschaft vorläufig kein Lohnabbau in Frage kommen, sondern im Gegenteil wird mit allen Kräften versucht werden müssen, die noch rückständigen Löhne zu heben. Das alles wird ohne Kampf nicht abgehen und unsere Kollegen handeln nur folgerichtig, wenn sie sich rüsten, ihre Organisation stärken, und keine Voderung zulassen!

Die 45stündige Arbeitswoche in Halle.

„Was lange währt, wird endlich gut.“ Können unsere Kollegen in Halle sagen. Unterm 10. März erhielt die Zahlstelle vom Demobilisierungskommissar in Merseburg nachstehendes Schriftstück:

„Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Halle vom 21. Juli 1920, betr. Einführung der 45stündigen Arbeitswoche in der Steinindustrie wird auf Antrag des Deutschen Steinarbeiterverbandes gemäß § 25 B.D. vom 12. Februar 1920 für verbindlich erklärt.“

Gründe.

Seit längerer Zeit schwebten zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern der Steinindustrie in Halle über Einführung der 45stündigen Arbeitswoche Verhandlungen, die hauptsächlich deshalb zu einer örtlichen Regelung nicht führten, weil die Angelegenheit für das ganze Deutsche Reich einheitlich geregelt werden sollte. Eine solche einheitliche Regelung ist bisher nicht zustande gekommen, weshalb die Arbeiterschaft den Schlichtungsausschuss angerufen hat. Als Grund für die Forderung der Arbeiter wird die besondere Gesundheitsgefährdung der Steinindustrie angegeben, die schon früher zu einer Beschränkung der Arbeitszeit auf höchstens 9 Stunden täglich geführt habe; in zahlreichen Städten sei bereits die 45stündige Arbeitswoche eingeführt, in der Art, daß Sonnabends die Arbeit um 1 Uhr mittags beendet werde. Der Schlichtungsausschuss hat dem Antrage nach Anhörung eines Sachverständigen stattgegeben und die Arbeitnehmer haben, da die Arbeitgeber den Schiedspruch nicht anerkannten, dessen Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Die Begründung des Schiedspruchs erschien im wesentlichen zureichend. Es war auch zu beachten, daß der Reichsarbeitsvertrag für die Steinindustrie die Einführung der 45stündigen Arbeitswoche örtlicher Regelung vorbehält; daraus muß entnommen werden, daß grundsätzliche Bedenken bei den Vertragsparteien gegen längere Bemessung der Arbeitszeit nicht bestehen. Mit Rücksicht hierauf ist die vom Schlichtungsausschuss vorgenommene Regelung als der Billigkeit entsprechend angesehen worden, so daß der Spruch für verbindlich erklärt werden konnte.

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden wöchentlich tritt mit dem 1. März 1921 in Kraft.“

Unterschrift.

Vorstehendes bringen wir den Verbandsmitgliedern zur Kenntnis, weil in Nr. 10 des „Steinarbeiters“ vom 5. März die Angelegenheit behandelt wurde. Der Entscheid des Demobilisierungskommissars und die Anerkennung von beiden Parteien bringt damit die Angelegenheit zu einem befriedigenden Abschluß.

Freuden und Leiden eines Betriebsrates.

Wenn man einen Rückblick nimmt auf die Einführung des Betriebsrätegesetzes in Bayern im Mai 1919 unter der Regierung Hoffmann, so muß man wohl oder übel zugeben, daß das jetzige Reichsbetriebsrätegesetz wesentlich schlechter zu nennen ist als jenes unter obengenannter Regierung. Das jetzige Betriebsrätegesetz ist ein Stückwerk, aus dem man Paragrafen für Paragrafen die bürgerliche Mehrheit leuchten sieht. Die damalige Berrissenheit unserer eigenen Parteien verhinderte eben, eine freiere Gestaltung des bestehenden Betriebsrätegesetzes herbeizuführen. Nun ist es Aufgabe der Betriebsräte, das bestehende Gesetz zu verbessern im Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften. Eine der unbedingtesten Bedingungen des Betriebsrates ist, sich auszubilden, die Unterrichtskurse zu besuchen, wozu z. B. in München reichlich Gelegenheit gegeben ist. Ich habe unermüdetlich agitiert bei den Kollegen, schriftlich und mündlich, aber bedauerlicherweise vergebens! Ich blieb der einzige in ganz München, der sich für die Kurse im Interesse der Gesamtheit bemühte. Wir haben beispielsweise 5 Betriebsräte in der Zwischlerischen Werfstätte, war jedoch gezwungen, als alleiniger die Kurse, Versammlungen, Sitzungen der Betriebsräte zu besuchen. Nur 2 Mann vom Betriebsrat abonnierten die Parteipresse und sind politisch organisiert. Woher wollen denn solche Nachkollegen Kenntnis als Betriebsrat nehmen, vielleicht aus der arbeitserfreundlichen Münchner Zeitung? Der neue Betriebsrat wird noch arbeitsunfähiger zusammengesetzt sein wie der bisherige. Ein Betriebsratsmitglied äußerte sich kürzlich: Das ganze Betriebsrätegesetz hat keinen Wert. Ein anderer: Ach, was rufft denn immer Sitzungen ein?, das ist umsonst, laß die Arbeitgeber machen, was sie wollen. Ein anderer Kollege stellte sich auf den Standpunkt: Es soll überhaupt keinen Betriebsrat geben, früher war es viel besser! Daß es unter solchen Umständen kein Wunder ist, wenn man da keinen Betriebsrat mehr machen will, ist klar. Aber trotzdem wäre ich wieder so opfermütig gewesen, wenn sich nicht folgendes zugegetragen hätte. Ich war 2 Jahre als Betriebsrat im Zwischlerischen Werk außerordentlichen Verleumdungen ausgesetzt und zumal als Vorsitzender des Betriebsrates im letzten Jahre. Hinter meinem Rücken hat man mich vor 3 Wochen als Vorsitzender abgesetzt mit der Begründung: „Ich laufe so oft ins Bureau“. Wissen die Kol-

legen der Zwischlerischen Werfstätte wirklich nicht, daß der 1. Vorsitzende des Betriebsrates oder 2. Vorsitzende nach dem Gesetz berechtigt ist, mit dem Arbeitgeber, Schlichtungsausschuss, Gewerbegericht usw. als Vertreter des Betriebsrates zu unterhandeln? Warum hat der Betriebsrat nicht schon früher diese Bedenken geäußert und erst jetzt, nachdem der Vorsitzende des Steinarbeiterverbandes München in der Versammlung am 20. Februar 1921 den Kollegen der genannten Werfstätte vorgehalten hat, ob sie nicht fähig sind, einen tüchtigen Kollegen als Vorsitzenden zu wählen? Ich frage weiter, warum haben die Betriebsratsmitglieder nicht den Mut aufgebracht, mit dem Vorsitzenden ins Bureau zu gehen und in einzelnen Fällen nur dabei waren, wenn die Arbeitgeber sie rufen ließen? Ich weiß nicht, daß ich jemals Ruhhandel trieb mit der Geschäftsleitung, sondern mein Ziel war stets Demokratisierung des Betriebes, Gleichberechtigung mit dem Arbeitgeber. Daß ich als Betriebsrat für Ruhe und Ordnung einzutreten habe, sollte einem vernünftigen Kollegen eine Selbstverständlichkeit sein. Es wurde ferner angefochten, daß ich zuviel mit den Gewerkschaften zusammenarbeite. Ich kann nichts anderes als nur mit der Organisation zusammenarbeiten; ein Betriebsrat, der das Gegenteil macht, der muß aus dem Betriebsrat entfernt werden. Ohne ein festes geschlossenes Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften kann und wird nichts zu unserem Wohle erreicht werden. Also Schulung der Betriebsräte, stetiger Besuch der Versammlungen und Sitzungen, und vor allem auch das Lesen der Parteipresse ist für den Betriebsrat so notwendig wie das tägliche Essen. Die gesamte Arbeiterschaft muß sich hinter die Ohren schreiben: „Aufklärung!“ Es handelt sich um Sein oder Nichtsein, darum, Kollegen Münchens aufzupepeln! Wählt Betriebsräte, die mutige Streiter für den Sozialismus sind und den Sozialismus offen bekennen, auch vor dem Unternehmer.

München.

E. A.

Streik in der schlesischen Schotterindustrie.

Seit dem 11. März stehen unsere Kollegen in den schlesischen Schotterwerken im Streik. Es kommen folgende Orte in Betracht: Ostrik, Herzdorf, Langenöls, Lichtenau, Greiffenberg, Wiesa, Mauer a. B., Goldberg, Bad Hermsdorf, Ober-Wiltstegersdorf, Königswalde, Tunschendorf, Sibitz.

Die Ursache des Streiks ist eine bescheidene Lohnerhöhung, um die bereits seit 7. Mai 1920 in vielen Verhandlungen gerungen wurde. Neun Sitzungen vor den Schlichtungsgesellschaften, zwei Verhandlungen vor Demobilisierungskommissionen, eine Verhandlung vor dem Reichsarbeitsministerium, Ungerechnet aller jener Besprechungen und Beratungen, die ohne Behörden gepflogen wurden. Alles das konnte die Arbeitgeber durchaus nicht bewegen, die außerordentliche Notlage unserer schlesischen Kollegen in der Schotterindustrie durch eine Lohnaufbesserung zu mildern.

Durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums kam am 17. Februar 1921 ein von beiden Parteien ernanntes Schiedsgericht zustande unter dem Vorsitz eines Vertreters des Demobilisierungskommissars in Breslau. Das Schiedsgericht fällt einstimmig einen Spruch, durch den die Löhne der Schotterwerksarbeiter um 50 Pf. aufgebessert werden sollten, als Entschädigung für alle seit Mai 1920 eingetretene Teuerung.

Die Arbeiter nahmen trotz Bedenken diesen Schiedspruch an, anders die Arbeitgeber, deren Vertreter den Spruch mit gefällt hatten, und die damit zum Ausdruck gebracht haben, daß die gesamten Unternehmer die Erhöhung wohl tragen können! Jedenfalls haben einzelne Scharfmacher der Industrie heimlich gewählt und die Anerkennung durch die Arbeitgeber verweigert. Mit Stundenlöhnen von 2,62 bis 2,95 M., die den Arbeitern bisher bezahlt wurden, sind gerade diese Heffsporne unter den Arbeitgebern am wenigsten zufrieden. Sie tragen daher auch jetzt die Verantwortung über den Kampf. Die Arbeiter und ihre Vertretung haben sich wahrlich Mühe genug gegeben und mit Rücksicht auf die allgemeine Lage der Industrie sich lange genug hinhalten lassen. Nun ist das Maß übergelaufen!

Hervorgehoben verdient noch, daß bei so mancher Klemme im Absatz, besonders in der hinter uns liegenden Zeit (Kohlen, Transportwagen usw.) die Unternehmer wußten, wo eventuell Hilfe zu holen war. Der Arbeitnehmerverband! Dieser hat dann auch niemals gezögert im Interesse der Gesamtindustrie an dem stehengebliebenen Karren zu ziehen, nachdem Pontius und Pilatus mobil gemacht wurden, nicht ohne Erfolg. Jedenfalls hat man in Unternehmerkreisen dieser Branche die altväterliche Auffassung, daß die Arbeiter nur dazu vorhanden sind, unter erbärmlichen Löhnen (2,65 bis 2,95 M.) ihre Unternehmerrisikozu sichern. Die erbärmlichen Löhne wurden vor längerer Zeit von einer behördlichen Stelle als Hungerlöhne bezeichnet, so etwas sieht jedoch die Schotterwerksindustriellen durchaus nicht an. Sie bräuteln sich teilweise sogar anderen Leuten gegenüber noch damit, daß bei ihnen noch immer eine Butterschneide vorhanden ist, wenn es noch so schlecht steht! Auch einige leitende Beamte aus den Schotterbetrieben glauben in dem Tun nicht nachstehen zu dürfen und haben es sich nicht verhehlen können, den Arbeitern bei jeder Gelegenheit nachzuweisen, daß ihre Hungerlöhne ausreichend sind und dabei sind die letzteren im Vergleich zu der Entlohnung der Betriebsbeamten tatsächlich nur Bettelpennige. Es ist ein allbekanntes Sprichwort, daß sich der fremde Hunger leichter ertragen läßt wie der eigene. So denken und handeln die Betriebsbeamten, wohl nicht alle, aber doch die meisten. Nachweisen können wir es zur Genüge.

Die öffentliche Meinung in all den genannten Orten ist auf Seiten der streikenden Arbeiter. Keine Streikbrecher werden sich finden, kein Abtrünniger, um für den geringen Lohn die schwere Steinbrucharbeit aufzunehmen. Die Unternehmer als Arbeitgeber haben den Kampf gewollt, sie haben ihn jetzt. Es kommen etwas über 700 Kollegen in Betracht.

Aus den Zahlstellen.

Berlin. Die am 23. Januar d. J. im Gewerkschaftshaus tagende, gut besuchte Generalversammlung der Steinarbeiter Berlins hatte folgende Punkte zur Tagesordnung: 1. Abrechnung, 2. Wahl des Ortsangeordneten, 3. Vortrag: Amsterdam oder Moskau, 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Herzog in üblicher Weise gelehrt. Dann gab Kollege Wenzel den Kassenbericht vom 4. Quartal, sowie den Jahresbericht. Beide lagen auch gedruckt vor. Ohne Diskussion wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Decharge erteilt. Zum Punkt 2 der Tagesordnung standen folgende Kollegen zur Wahl: Wenzel, Sieben und von der WSPD. Kollege Holzfaller. Für letzteren hielt der Kollege Botokti eine großzügige Wahlrede, in der er vor allem den parteipolitischen Standpunkt seines Kandidaten in den Vordergrund stellte. Dieses hatte zur Folge, daß der Gauleiter, Kollege Ritsche, sich mit aller Energie für den bisherigen Angestellten, den Kollegen Wenzel, ins Zeug legte. Wie immer betonte Kollege Ritsche, daß sich die Kollegen nicht vom parteipolitischen Standpunkt leiten lassen sollen, sondern daß sie ihr Hauptaugenmerk auf die Tüchtigkeit, Ehrlichkeit und Fähigkeit legen müßten. Alle diese Eigenschaften habe der Kollege Wenzel gezeigt und sind bisher keinerlei Klagen über seine Amtstätigkeit laut geworden. Es sei daher verkehrt, wenn die Kollegen nur zuliebe einiger politischer Persönlichkeiten darauf dringen würden, daß der Ortsangeordnete sich ein kommunistisches Mäntelchen umhängt, sonst aber seine Tätigkeit doch der Wirklichkeit anpassen müßte. Bei der darauffolgenden geheimen Wahl erhielt von 378 abgegebenen Stimmen der Kollege Wenzel 289,

Kollege Holzfaller 120 und Kollege Sieben 12, ungültig waren 7 Stimmen. Damit ist Kollege Wenzel wieder gewählt. Nach einem kurzen Bericht des Gauleiters über die Verhältnisse im 1. Gau, wurden die Kollegen Bau, Sieben, Kolažowski und Marquardt in die Gauleitung gewählt. Nun folgte Punkt 3 der Tagesordnung: Stellungnahme zur Frage: Amsterdam oder Moskau. (Das Resultat ist bereits durch einen früheren Artikel bekannt geworden. Red.) Eine weitere Resolution der WSPD-Kollegen, die sich für den sogenannten Offenen Brief und die 5 Stuttgarter Punkte des M. A. B. ausspricht, wurde auf eine spätere Versammlung zurückgestellt. Beim 4. Punkt: Verschiedenes, wurde beschlossen, die im Interesse der arbeitslosen Kollegen bisher bestehende Extrasteuer von 2 Prozent des Wochenlohns aufzuheben und folgende Fassung anzunehmen: Zur Unterstützung der arbeitslosen Kollegen sind alle Mitglieder verpflichtet, wenn sie 32 Stunden und mehr in der Woche arbeiten, pro Woche eine Extramarke zu kleben, und zwar Männer in Höhe von 3 M. und Frauen in Höhe von 1 M. Hierauf wurde die interessant verlaufene Versammlung geschlossen.

Aunkirchen. Am 29. Januar tagte unsere Generalversammlung im Restaurant Tafel, mit der Tagesordnung: Abrechnung vom 4. Quartal und Vorstandsbericht, Neuwahlen, Verschiedenes. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal, die von den Revisoren geprüft und in allen Teilen für richtig befunden wurde. Der Vorsitzende Stadler gab dann einen Rückblick über das verfloßene Jahr, er hob besonders die letzte Teuerungszulage hervor, wo nach halbjährigen Verhandlungen endlich für die Arbeiter ein kleines Tröpfchen abfiel. Er meinte, daß bei dem schleppenden Gang der Verhandlungen die politische Umgestaltung nach den Wahlen vom 6. Juni 1920 nicht ohne Einfluß geblieben ist. Vor dem 6. Juni 1920 hatten wir einen Sozialdemokraten an der Spitze des Ministeriums für soziale Fürsorge, jetzt ist es ein christlicher Gewerkschaftsführer. Da nun Kollege Stadler eine Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Josef Gersl als erster, Johann Birkeneder als zweiter Vorsitzender gewählt. Auch unser altbewährter Kassierer Moosmüller war amtsmüde, mußte sich aber durch das Zureden der Kollegen wieder bequemen, sein Amt weiter zu führen. Als Revisoren wurden die Kollegen Josef Scheibengraber, Michl Geisinger und Michl Meyerhofer jun. gewählt. Zum Denkmalsfonds für Kollegen Staudinger wurden 50 M. aus der Lokalfasse bewilligt. Eine leidige Frage spielte die Urlaubsfrage. Hierin wurde das Mitglied des Betriebsrates, Mag Lang, beauftragt, eine Liste der Urlaubsberechtigten anzulegen und dem Unternehmer zu unterbreiten, um das Schneiden-tempo in der Urlaubsgewährung in ein schnelleres zu verwandeln. Die Debatte war in allen Punkten eine recht rege und vor allem eine sehr sachliche, was auf die Teilnehmer einen imponierenden Eindruck machte. Zum Schluß erklärte der neue Vorsitzende Josef Gersl das in ihn gesetzte Vertrauen zu würdigen und ermahnte die Kollegen, nicht gegen ihn, sondern mit ihm zu arbeiten am Ausbau unserer Zahlstelle zum Wohle der Kollegen. Dem Kollegen Stadler wurde für seine zweijährige Tätigkeit als erster Vorsitzender der Dank ausgesprochen.

Altn. Am 14. Januar fand im Lokale Neß unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: Jahresbericht, Quartalsabrechnung, Neuwahl des Vorstandes, Verschiedenes. Aus dem Jahresbericht des Kollegen Kuhn war zu ersehen, daß unser Stundenlohn nach sechsmaliger Erhöhung von 3,41 M. auf 7,48 M. gestiegen ist. In dieser Beziehung ein sehr arbeitsreiches Jahr. Und da bei der letzten Lohnbewegung im Oktober sich die Unternehmer der Grabmalbranche weigerten, die 7,48 M. zu bezahlen, legten diese Kollegen geschlossen die Arbeit nieder. Der Streik endete nach 17 Tagen durch tatkräftige Unterstützung der in Arbeit stehenden Kollegen mit vollem Erfolg. Ferner streifte er den starken Personalwechsel im Vorstande, was selten zum Besten einer Zahlstelle führe. Dann gedachte er unserer verstorbenen Kollegen, des Verbandsvorsitzenden Alois Staudinger und von unserer Zahlstelle des Gauleiters Ad. Herrmann. Zum Schluß ermahnte Kollege Kuhn, daß die Kollegen auch weiterhin treu zusammen stehen. Nach dem Kassenbericht haben wir einen Lokalfassenbestand von 3519,33 M. Dann wurden Vorstand, Revisoren, Kartellbelegierte, Gau- und Lokalkommissionen gewählt. Da wir bisher mit unserer Forderung auf Urlaub nicht durchdringen konnten, wurde die Lohnkommission beauftragt, sofort an die Unternehmer heranzutreten zur Bewilligung des im Reichsarbeitsvertrag vorgesehenen Urlaubs und zur Erhöhung der Werkzeugvergütung. Dann verwies Kollege Kuhn auf eine am 17. Januar stattfindende Versammlung (im Volkshaufe) der Vertreter im Ortsausschuß und Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften. Hauptpunkt der Tagesordnung: Kommunistische Reimjellen. Kollege Link rügte, daß die beiden hier beschäftigten christlich organisierten Steinmehlen es bisher nicht für nötig befunden haben, die von uns bezahlten Unterstützungen für die streikenden Kollegen, mit zu entrichten. Sollten sie sich beharrlich weigern, Unterstützung zu bezahlen, wird über weitere Maßnahmen Beschluß gefaßt.

Altentien. Am 28. Januar fand im Lokale des Gastwirts Wilhelm Langschied III unsere Generalversammlung statt, an der auch Bezirksleiter Kollege Herrmann-Binhain teilnahm. Der Jahresbericht von 1920 erstattete der Vorsitzende Kollege Reusch. Danach hat sich im Lohngebiet im verfloßenen Jahr der Lohn der Kollegen um über 100 Prozent erhöht. Zum Kassenbericht konnte der Vorsitzende der Versammlung mitteilen, daß die Kasse in bester Ordnung ist. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden der Vorsitzende und der Kassierer wiedergewählt. Als 2. Vorsitzender wurde Peter Wilhelm Krumm, als Schriftführer Wilhelm Römer, als Revisor Wilhelm Rinzler gewählt. Darauf gab der Bezirksleiter Kollege Herrmann Bericht über die am gleichen Tage stattgefundene Tarifverhandlung. Gefordert war eine 25 prozentige Lohnerhöhung ab 1. Februar. Die Unternehmer lehnten dies mit der Begründung ab, daß sich die Lebenshaltung von Tag zu Tag verbillige. — Der Anregung des Kollegen Herrmann, am 27. Februar eine Bezirkskonferenz stattfinden zu lassen, wurde zugestimmt; ebenso der Anregung, eine Bezirkskassa zu gründen.

Schleiz. Am 15. Dezember 1920 haben wir auf Antrag der Kollegen unseren bisherigen Tarif, der einen Stundenlohn von 4,50 Mark vorsah und der nicht mehr im Einklang stand mit den Verhältnissen, gekündigt. Wir erachteten eine Erhöhung von 1 Mark pro Stunde als angemessen, so daß unser Stundenlohn 5,50 Mark betragen würde; der der Schleiferin 3 Mark. Dieses Ansuchen wurde aber von unserem Arbeitgeber unter der Begründung abgelehnt, daß es ihm nicht möglich sei, noch höhere Löhne zu zahlen. Als Begründung dieser Meinerung führte er hauptsächlich die Saalburger Konkurrenz an, die nur einen Lohn von 3,70—4,20 Mark bezahle. Er würde sich aber herbeilassen, eine Lohnzulage von 20 Pfennigen pro Stunde zu zahlen, da die Maurer jetzt 4,60 Mark haben und er uns einen Groschen mehr gebe wie den Maurern, so daß wir auf 4,70 Mark zu stehen kämen. Wir nahmen diese Lohnzulage auf Anraten des Gauleiters unter der Bedingung an, daß über den fehlenden Betrag der Forderung der Schlichtungsausschuß entscheidet. Der Arbeitgeber war hiermit einverstanden. Der Schlichtungsausschuß in Gera entschied am 31. Januar 1921 über diese Angelegenheit. Erst nach langen Auseinandersetzungen, worin die Saalburger Konkurrenz wieder eine große Rolle spielte, war eine Einigung möglich. Es soll ab 15. Januar bis 31. März den Steinmehlen 5 Mark, der Schleiferin 2,50 Mark bezahlt werden. Eine weitere Erhöhung soll erst dann in Frage kommen, wenn der Gauleiter mit Saalburg andere Voraussetzungen zustande gebracht hat und die Löhne zwischen beiden Orten möglichst die gleichen sind.

Wauberg. Am 28. Januar 1921 tagte im Gasthaus Meier, Raindorf, unsere Generalversammlung. Kollege Stadler gab den Kassenbericht, der von den Revisoren für richtig befunden wurde. Die Wahl der Vorstandschaft ergab folgendes: Vorstand und Kassierer Reiner, Andreas, Schriftführer Bauer, Kaver, Revisoren Dietl, Johann und Godermeier, Josef. Anschließend hielt unser Gauleiter Schmid aus Wunstedel ein sehr lehrreiches Referat über: Sozialisierung, Betriebsräte und Gewerkschaften. Anschließend an das Referat gab der Redner noch einen kurzen Überblick über die Unterhandlungen der letzten Teuerungszulagenbewegung. Nach einer kurzen Mahnung, in dieser schweren Zeit fest und treu zum Verbands zu halten, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Kapitelübersicht. Am 30. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende teilte den Versammlungsbesuch, Quartalsrechnung und zugleich Rechenschaftsbericht über das vergangene Jahr ab. Der Kassierer bekannte, wofür ihm Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt wurde. Vorsitzender Fuchs erstattete Tätigkeitsbericht des vergangenen Jahres. Beim folgenden Punkt der Tagesordnung, Wahl des Gesamtvorstandes, wurden sämtliche mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden wiedergewählt. Zum Schluss der Versammlung ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, getroist in die Zukunft zu blicken, was das kommende Jahr auch bringen möge, dem Verbände Treue zu wahren und für besseren Versammlungsbesuch zu agitieren.

Ableisten. Die Zahlstelle hielt am 30. Januar ihre Mitglieder-versammlung ab. Zu Punkt 1 wurde einstimmig beschlossen, zum Denkmalfonds unser verstorbenen Vorstandsvorsitzenden 50 Mark zu widmen. Dann hielt Kollege Deneke-Hettensen ein Referat über die am 23. Januar zu Kassel stattgefundene Bezirksversammlung. Die Kollegen Dohm-Berthelmann und Fischer-Günter, die ebenfalls in Kassel waren, ergänzten den Bericht. Auch teilte Kollege Deneke mit, daß in der Sitzung eine Lohnkommission von elf Kollegen gewählt ist, die sich mit der Lohnfrage beschäftigen soll; in diese Kommission ist von unserer Zahlstelle Kollege Deneke-Hettensen gewählt, der dann die Lohnsätze, die in der Sitzung festgesetzt sind, bekannt gab. Durch Abstimmung wurde den Sitzungen einstimmig zugestimmt. Nachdem noch mehrere örtliche Angelegenheiten besprochen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Rundschau.

Aus unserem Beruf und Industrie. In Oppach b. Löbau verunglückte beim Aufhängen eines Werkstückes der Schleifmeister August Wünsche in der Schleiferei der Firma Leuschner so schwer, daß der Tod sofort eintrat.

In Neuhaus a. Inn im Bruch der Firma A. Kapsreiter ereignete sich am 7. März beim Sprengen ein schwerer Unglücksfall, wobei der Kollege Ludwig Hartl außer sonstigen Verletzungen noch um sein Augenlicht befürchten muß. Wie uns berichtet wird, soll die Verantwortung den Bruchmeister treffen, der in dem Verunglückten einen ungeprüften Schießmeister beim Sprengen beschäftigte.

Auf der Leipziger Messe vom 6. bis 12. März war die Natursteinindustrie fast nur mit kunstgewerblichen Gegenständen vertreten (Marmor, Serpentin, Alabaster, Onyx). Die Fabrikation dieser Gegenstände wächst unheimlich und fast in jedem dritten Schaufenster im Zentrum werden zur Messe Marmor-Kunstgegenstände ausgestellt. Wunderbare Sachen, aber auch Pitsch ist vertreten. Es sieht bald so aus, als hätte die Menschheit nur Verlangen, ihr Heim auszumühen und wenn man noch auf andere Industriegebiete blickt, erwidert es den Anschein, als hätte sich die gesamte Kriegswirtschaft umgestellt auf Luxuswaren. Für volkswirtschaftliche Betrachtungen sicher nicht angenehm. Sonst war die Natursteinindustrie das bekannte Marmorblümchen; einige Grabsteine, ein paar Solnhofenplatten, auch ein paar Marmorplatten, dann Schluss! Es lohnt sich nicht, darüber noch Worte zu verlieren. Die Preise der Marmor-Kunstgegenstände sind gestiegen, können nur bezahlt werden von Leuten, die das Geld schaffelweise einnehmen; dem gewöhnlichen Europäer, der sich schließlich in irgendeinem Gegenstand vergafft und nach dem Preis fragt, verfehlt es den Atem, schnell macht er kehrt und taucht im Meerestübel wieder unter. 110 000 Besucher (Käufer und Neugierige) sind insgesamt die eine Woche in Leipzig zusammengekommen. Sehenswert ist es gewiß, wie sich die industrielle Leistungsfähigkeit Deutschlands hier dem Besucher bietet. Arbeitsgeschicklichkeit, Erfindergeist, kaufmännische Tüchtigkeit und raffinierte Melange, alles konzentriert sich für wenige Tage in Leipzig; nimmt bis zum 2. Tage der Messe zu, flaut die anderen Tage ab. Dann ist wieder das alte Bild.

Eine Reichssteinwoche, verbunden mit Ausstellung der Natursteinprodukte auf allen Gebieten zur Förderung der Natursteinindustrie soll vom 26. Juni bis 8. Juli in Eisenach veranstaltet werden. Anreger sind die Unternehmer-Fachgruppen-Organisationen in der Steinindustrie.

Ueber die Lage der oberfränkischen Granitindustrie berichtet die Handelskammer für Oberfranken nicht günstig. Frühjahrsaufträge fehlen, Absatz nach dem Ausland, besonders Holland, gering, weil alles sich auf die Ausfuhr wirft, infolge Fehlens von Inlandsaufträgen, die drohende Erhöhung der Frachten, Friedhofsaufträge in bezug auf polierten Granit, Lohn-erhöhungen. Können infolge fester Preise angeblich nicht ausgeglichen werden; das alles wirkt nach dem Handelskammerbericht lähmend auf die oberfränkische Granitindustrie.

Im Bezirk Großhauendorf soll nach Verichten aus der Fachpresse die dortige Steinbearbeitung am 21. Februar eine Ueberstunde zum Besten der oberfränkischen Grenzspende gearbeitet haben. Es kamen über 400 Arbeiter in Frage, die den Ertrag dieser Arbeitsstunde dazu abführten. Ein gewiß ideales Beginnen! Unseren übrigen Kollegen Deutschlands, jedoch etwa nicht durch diese Notiz, zur Nachahmung empfohlen.

Eine neue Bildhauermaschine bringt der „Steinbildhauer“ vom 10. März in Abbildung. Konstruiert von der Maschinenfabrik H. Wolf u. Co. in Osterode am Harz. Dazu wird geschrieben, ebenfalls von der Firma, daß sie „eine Maschine konstruiert hat, wodurch die Bildhauer- und Marmorindustrie eine große Umwälzung erfährt. Durch mechanischen Antrieb sei es ermöglicht, jedes Gestein, Granit, Dolomit, Marmor, Alabaster, zu bearbeiten. Gerade die Bildhauer- und Marmorindustrie war bisher mehr wie jede andere Industrie von der Intelligenz der Facharbeiter abhängig. Bei Anschaffung der Maschine jedoch nicht mehr und die Hauptsache, ganz erhebliche Ersparnisse am Lohn! Ob das alles zutrifft, muß die Praxis jedenfalls erst ergeben, vielleicht entdecken wir das Konstrukt, was die Intelligenz und Geschicklichkeit der Kollegen so radikal überflüssig macht, mal irgendwo und können dann weiter darüber berichten.

Streitfragen aus dem Arbeitsverhältnis. Der „Leipziger Betriebsrat“ bringt in seiner Nr. 1 vom 1. März einige Entscheidungen aus dem Arbeitsrecht, denen wir die nachstehenden entnommen haben: Schlichtungsausschuss. Ein Gewerkschaftsführer, der einen Tarifvertrag im Namen eines Verbandes, der am Tarifvertrag als Vertragskontrahent beteiligt ist, unterzeichnet hat, kann nicht Weisiger im Schlichtungsausschuss sein wenn dort Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag zur Entscheidung gelangen. (Dentabilmachungskommission Schleswig 27. November 1920.)

Ist in einem Tarifvertrag eine tarifliche Schlichtungsstelle vorgesehen, die über die Wirksamkeit von Kündigungen oder Einstellungen bindend zu entscheiden hat, so geht eine derartige Vereinbarung der anschließlichen Zuständigkeit des gesetzlichen Schlichtungsausschusses vor. (Reichsarbeitsminister 11. Oktober 1920.)

Der Schlichtungsausschuss kann von einem entlassenen Arbeitnehmer auch dann anrufen werden, wenn der Gruppenrat die Entlassung gebilligt hat. (Schlichtungsausschuss Düsseldorf 17. Aug. 1920.)

Arbeitsordnung. Der Arbeiterrat (Betriebsrat) hat nicht nur generell bei der Festsetzung der Strafen in der Arbeitsordnung, sondern auch bei Verhängung der Strafe im Einzelfall mitzuwirken. (Schlichtungsausschuss Danau 15. November 1920; Schlichtungsausschuss Stuttgart 22. September 1920.)

Arbeitszeit. Entlastung von Arbeitnehmern ohne vorherige Arbeitszeitverkürzung ist nach dem Arbeitsverhältnis des Betriebsrats unzulässig. (Demobilisationskommission Groß-Berlin, 8. Oktober 1920.)

Wenn die Arbeitszeitverkürzung fristgemäß angeordnet ist, so ist nach Ablauf der Frist bei Mangel an Arbeitsgelegenheit noch eine besondere Kündigung zur Entlassung erforderlich. (Reichsarbeitsminister 6. Oktober 1920.)

Betriebsrat. Einen Zwang, die Wahl zum Betriebsrat vorzunehmen, enthält das Betriebsratsgesetz nicht. Arbeitnehmer, die von dem Reich, Betriebsvereinigungen zu wählen, keinen Gebrauch machen wollen, bleiben daher ohne Vertretung. (Reichsarbeitsminister 20. April 1920.)

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Hinzuziehung von gewerkschaftlichen Vertretern zu Lohn- bzw. Gehaltsverhandlungen mit den

Arbeitnehmern seines Betriebes zu dulden. (Reichsarbeitsminister 28. September 1920.)

Wenn ein Arbeitgeber mit seinem Betriebsrat eine Vereinbarung getroffen hat und sich hinterher weigert, das ihm von dem Betriebsrat gemäß § 83 Abs. 2 B.R.G. vorgelegte Protokoll über die von ihm abgegebene Erklärung zu unterzeichnen, so ist gleichwohl die Vereinbarung rechtswirksam. (Reichsarbeitsminister 15. Oktober 1920.)

Entlohnung bei Strommangel: Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, Arbeitnehmern, die infolge von Strommangel die Arbeit aussetzen müssen, Lohn zu zahlen. (Gewerbegericht Bremen 2. Dezember 1920.)

Gewerkschaftliches: Der Bund der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten hat auf seiner Generalversammlung Anfang Februar die Einheitsorganisation im Gastwirtsberuf abgelehnt. Der Beschluss ist um so eigenartiger, weil ein Fachkongress im April 1920, auf dem der genannte Bund durch seine Vorsitzenden vertreten war, der Verschmelzung aller Organisationen im Gewerbe mit großer Mehrheit zustimmte und im September 1920 in Magdeburg von Vertretern aller Organisationen der Einheitsverband offiziell gegründet wurde. Eine solche unverständliche Stellungnahme, wie jetzt die Bundesversammlung fundiert in der Ablehnung, wird zur Folge haben, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sich mit der Angelegenheit beschäftigt und eventuell den Ausschluß des genannten Bundes (Genfer Verband) aus dem Rahmen der freien Gewerkschaften vollzieht.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Kollegen, beachtet den Posttarif! Täglich zahlt die Hauptkassette 4 bis 6 M. Strafpunkte für ungenügend frankierte Briefe usw. In Drucksachen- und Geschäftspapiersendungen dürfen niemals schriftliche Mitteilungen eingelegt werden. Der Vorstandsvorstand ist schließlich gezwungen, die Annahme zu verweigern, um eine Beachtung der Postvorsätze zu erzielen. Unlieb-same Verzögerungen sind dann nicht Schuld des Zentralvorstandes!

Unterstützungsanträge mußten in letzter Zeit in den Zentralvorstandssitzungen wiederholt zurückgestellt werden, weil die Mitgliedsbücher der Betreffenden fehlten, oder mit Beiträgen restierten, auch die Begründungen zu oberflächlich waren. Der Vorstand ist bei Prüfung solcher Anträge immer auf die Angaben der Zahlstellenverwaltungen angewiesen, wo diese verfehlt, kann hier schlecht ein Antrag beurteilt werden. Die Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder wollen folgendes beachten:

Bei Anträgen auf Gewährung von Rechtschutz, Maßregelungsunterstützung, Notfallunterstützung, Umzugskosten ist in jedem Fall das Mitgliedsbuch nebst eingehender Begründung und Unterschrift der Zahlstellenverwaltung (mindestens Vorsitzender und Kassierer) einzusenden. Anträge, wo diesem nicht entsprochen wird, werden in den Zentralvorstandssitzungen nicht verhandelt!

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Jeder Kollege, der in irgendeiner Art Arbeit sucht, handelt in seinem eigenen Interesse, wenn er sich vorher über die örtlichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorsitzenden erkundigt! Dessen Adresse ist, wenn man will, immer schnell und leicht zu erfahren.

Carlsbafen. Die Mitglieder der Zahlstelle Carlsbafen und Umgegend mögen sich merken, daß vom 1. April die neuen Bodenbeiträge in Kraft treten, bis dahin müssen sämtliche Bücher und Karten in Ordnung sein. Aug. Pape, Kassierer.

Lithographiesteingegebiet. Der am 27. Februar auf der Konferenz beschlossene Bezirksbeitrag von 2 Pf. pro verkaufte Beitragsmarke ist an den Kollegen Hans Stegler, Solnhofen, Haus Nr. 46 1/2 abzuführen, und zwar nach Schluß des ersten Quartals. Die Berechnung erfolgt ab 1. Jan. 1921. Die Bez.-Leitung, J. A.: Gegennagel.

Briefkasten.

Schriftführer. Eine Anzahl Berichte mußten in der Versendung verschwinden! Grund: Beide Seiten beschrieben und inhaltlos. Berichte, die nur über Kassenbericht, Entlastung und Wahlen berichten, lohnen keinen Abdruck.

S. M. Die Zahlstelle ist doch im Bezirk aufgegangen? Darum haben die Adressen nur örtliche Bedeutung.

Braunschweig, St. Stimmt! Solche Bekanntmachungen sind kostenlos.

Fr. M. Der „Druckfehlerteufel“ ist auf Deiner Schreibmaschine entstanden, sieh doch mal nach! Kann schon im Gedränge passieren.

Adressenänderungen.

- 1. Gau. Greifswald. Vorj.: Ludwig May, Brinkstr. 6.
- 2. Gau. Bunzlau. Vorj.: C. Sackauf, Kollacher Str. 16.
- 4. Gau. Odenburg. Kass.: Paul Wandfcher, Lindenstr. 49.
- Essen. Vorj.: Hermann Rehböfer, Essen-Guttrap, Bredowstr. 16.
- Rhein I. Kass.: Nikolaus Lung, Moselstr. 16, II.
- 6. Gau. Gemshaus (Odenwaldbezirk). Für Reichenbach: Vorj.: Peter Seibert.
- 8. Gau. Tauberhofsheim. Kass.: Franz Ehlenbach. Bezirksleiter für das Juramarmor- und Lithographiesteingegebiet: Ludwig Gegennagel in Solnhofen, Mittelfr. Bezirksleiter für das Wernecker Schiefersteingegebiet: Sebastian Engelhardt in Schraudenbach bei Schweinfurt a. M. Bezirksleiter für das Fränkische Muschelkalksteingegebiet: Wenzel Hemmleppler in Heidingsfeld bei Würzburg, Bauverein. Bezirksleiter für das Dermbacher Basaltsteingegebiet: Kaspar Geh, Steinrichter in Mariengart bei Post Gehaus, Rhön. Bezirksleiter für das Unterfr. Schiefersteingegebiet: Ambros Her-genröther, Basaltarbeiter in Bischofsheim, Rhön. Bezirksleiter für das obere Maintalsteingegebiet: Etmann usw.: Andreas Varch, Steinmetz in Zeil a. M. Nr. 73.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Die Lehrlingswirtschaft im Friseurberuf. Unter diesem Titel hat der Verband der Friseurgehilfen und des Haargewerbes eine Schrift herausgegeben, die zur bevorstehenden Schulentlassung noch ihre Wirkung ausüben wird. Die Lehrlingszucht ist in diesem Gewerbe besonders hoch und jeder, der in irgendeiner Familie Einfluß hat, muß zu bedenken suchen, daß der Zulauf weiter anhält im Interesse der jungen Leute selbst; denn Bezahlung und ihr späteres schwieriges Fortkommen ist allgemein so bekannt, daß darüber nichts gesagt zu werden braucht. Nur einige wenige Zahlen illustrieren die Lage. So waren in Altona gezählt: 240 Selbständige, 65 Gehilfen, 90 Lehrlinge, in Kiel 173 Selbständige, 92 Gehilfen und 126 Lehrlinge. In Seegeberg, einem kleinen Ort in Holstein, 25 Selbständige, 2 Gehilfen und 12 Lehrlinge, ähnlich liegen die Verhältnisse in fast allen Orten. Wer sein Kind oder Mündel in solche hineinbringt, handelt unverantwortlich. Die Schrift enthält noch andere Unterlagen, auf die wir hier nicht weiter eingehen können. Interessenten erhalten sie aber sicherlich vom Arbeitnehmerverband oder von der Redaktion der Friseurgehilfen-Zeitung auf Verlangen zugestellt. Adresse: Fritz Eckhorn, Berlin S.O., Engelauer 15.

Dr. Max Adler: Engels als Denker. Zum 100. Geburtstag Friedrich Engels, 80 Seiten, Preis 8 M., Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin C.2.

Am 28. November hat die Arbeiterklasse der ganzen Welt den 100. Geburtstag ihres großen wissenschaftlichen Vorämpfers Friedrich Engels gefeiert. Von allen erkannt, ist bei dieser Gelegenheit wiederum deutlich geworden, daß seine großen wissenschaftlichen Leistungen und sein praktisches Wirken in der Arbeiterbewegung überall voll gewürdigt werden. Lange Zeit aber ist die selbständige geistige Bedeutung von Engels verkannt worden, eine Folge seiner außergewöhnlich großen Bescheidenheit, die ihn immer hinter Marx hat zurücktreten lassen.

Die Schrift von Dr. Max Adler, der sich durch seine Studien über den Marxismus in der wissenschaftlichen Welt einen geschätzten Namen verschafft hat, stellt die Leistungen von Engels in das richtige Licht. Sie unterzieht eingehend die Eigenbedeutung Engels und seine großen Verdienste um die Ausbildung der marxistischen Lehren. Sie ist deshalb gerade gegenwärtig, wo das Studium des Sozialismus angebracht ist, um die Einsicht in seine Notwendigkeit zu wecken, eine wertvolle Bereicherung der sozialistischen Literatur.

Die Gewinnung von Schwefel und Schwefelsäure aus Gips. Von Direktor R. Martin, Ulrich a. S., Berlin 1920, Verlag Tonindustrie-Zeitung, 12 Seiten. Größe: 15 x 23,5 cm. Preis 1,50 M. Nach zahlenmäßiger Begründung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Gewinnung von Schwefel und Schwefelsäure aus einheimischen Rohstoffen wird hier von einem maßgeblichen Fachmann die Verwendbarkeit der verschiedenen in Deutschland vorkommenden nützlichen schwefelhaltigen Mineralien zu diesem Zwecke erörtert und nachgewiesen, daß nur Gips oder Anhydrit in Frage kommen kann. Die Schrift gewährt einem anwendenden Einblick in die Vermählungen der deutschen chemischen Wissenschaft und Technik, Deutschland in bezug auf seinen Bedarf an Rohstoffen für die Schwefel- und Schwefelsäuregewinnung vom Auslande unabhängig zu machen und den in unerforschlichen Lagern vorhandenen Gips und Anhydrit nicht nur wie bisher für die Kunststoffindustrie, sondern auch für die chemische Industrie nutzbar zu machen.

Anzeigen

Heinrich Tauch, Niederoderwitz (Sa.) empfiehlt den Steinarbeitern seine bewährten Lederhosen, Zwirnketten, à Hose 85 Mark Samtmanchester braun Zwirnketten, à Hose 160 Mark franko. Ia Futter. — Beste Verarbeitung. — Schrittlänge und Bundweite angeben. — Versand erfolgt per Nachnahme. Musterversand findet nicht statt.

Entwürfe, Alphabete, Verzierungen und Grabmalchristen zeichnet Franz Sieglar, Bildhauer, Gießen (Hessen). Bei Anfragen Rückporto erwünscht!

Mehrere tücht. Pflastersteinmader u. Bruchspalier auf Granit sofort gesucht Braunlager Granit- und Schotterwerke, Guldberg & Frielingsdorf, Braunlage i. Harz.

Im Schotterwerk der Stadt Villingen, Bahnstation Peterzell-Königsfeld (Schwarzwaldbahn) finden 6-8 geübte Steinbrecher (Steinschläg.) dauernde lohnende Beschäftigung. — Zu melden bei: Bruchmeister Reinert, wohnhaft beim Schotterwerk, Südwestdeutsche Hartsteinindustrie G. m. b. H., Haslach i. K.

Tücht. Hand- und Maschinenschleifer für Marmoraufrätze und „Schreibzeug“ für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Gesuche mit Angabe des Lebensalters, bisheriger Tätigkeit und Lohnforderungen erbittet Marmorwerk Niedersachsen, Osnabrück.

Mehrere tüchtige Steinmetzen auf Marmor und Muschelkalk gesucht. Es wollen sich nur wirklich gute Kräfte melden und können nur solche berücksichtigt werden. Steinindustrie Dillingen. Inh. Georg Frey, Dillingen a. D.

2 Steinmetzen auf Grabdenkmäler sofort gesucht. Stundenlohn 5,50 Mark. Gebr. Dörgelsh. Blotho a. d. W. — Fernsprecher 108.

Tüchtigen jungen Steinmetz auf Granit und Sandstein stellt sofort ein (Kost u. Logis vorhanden). Steinhauerei F. Neß, Zeven (Hannover).

Drei tüchtige Steinmetzen sofort für dauernd gesucht. S. M. Lehmann, Granitwerk, Leuknitz b. Königsbr. (Sa.)

Lebensstellung 1 tücht. Steinmetz für sämtliche Grabsteinarbeiten sofort. leichte Ornamente, Granitschrift hauen und setzen, auch Schwarzschreiben Verbindung. Erfahrung in Kunststein sehr erwünscht. Gute Kost und Logis im Hause. Ernst Müller, Werktätigen für Friedhofskunst, Großpapenburg (Kreis Salzwedel).

Tüchtiger Steinmetz, der auch Schrift hauen kann, gesucht. Gottl. Meyer, Grabsteingehilfen, Herford.

Ein Steinmetz, der auch gut Granit arbeiten kann, wird sofort eingestellt. Jankes Bildhauerei, Neumarkt i. Schles.

Suchen per sofort Steinmetzen für Grabmal-kunst in Muschelkalk und Kunststein. Steinwerke Gebr. Frey G. m. b. H. & Co., Dillingen a. D.

Gestorben.

- Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.
- In Jannowitz am 18. Dezember 1920 der Granitsteinmetz Anton Lobe, 89 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In Kaiserlautern am 24. Februar der Sandsteinmetz Rudolf Maas, 28 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In Demitz-Thumitz am 26. Februar der Plastersteinmader Franz Neumüller, 61 Jahre alt, Magenverdringung; am 27. Februar der Brecher Martin Steglich, 31 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In Hensdorf (O.S.) am 27. Februar der Granitsteinmetz Wilhelm Martin, 60 Jahre alt, Herzschlag.
- In Ettling am 1. März der Granitsteinmetz Michl Kraus, 44 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In Löbau-Oppach am 2. März der Schleifmeister August Wünsche, 36 Jahre alt, Vertriebsunfall.
- In Roth (Mittelfr.) am 8. März der Hilfsarbeiter Gustav Meß, 60 Jahre alt, Darmleiden.
- In Löwenberg (Schles.) am 5. März der Sandsteinmetz Karl Reichmann, 49 Jahre alt, Herzleiden.
- In Häslich am 6. März der Granitsteinmetz Hermann Wächter, 56 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.